

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

AUSGABE 1 • 39. JAHRGANG • 14. WAHLPERIODE • 23.1.2008

Bedrängnis

S. 3

Das Land konsolidiert mit Erfolg seine Finanzen. Die Städte und Gemeinden würden das auch gern tun, wenn sie denn wüssten wie und mit wem. Große Beratung im Kommunalausschuss mit den „Nothaushaltskommunen“.

Manager

S. 3

Sie sind oft Spitzenverdiener, ob bei Erfolg oder Pleite. Die hohen Gehälter und stattlichen Abfindungen für Manager machte die SPD zum Thema im Plenum. Die Koalition lehnte staatliche Regelungen ab.

S. 6

Extremismus

Rechts- oder Linksextremismus ist eine Gefahr für die Demokratie. Es dauerte lange, bis sich die vier Fraktionen auf diesen gemeinsamen Antrag verständigt haben – Konsensfindung braucht manchmal seine Zeit.

S. 8

Ruhrbistum

S. 18

Vor 50 Jahren wurde das Bistum Essen gegründet. Das „Ruhrbistum“ sollte die Kirche den arbeitenden Menschen näherbringen. Heute hat es mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen wie die anderen Bistümer.

Erste Umweltzone Köln:

Blauer Himmel über dem Rhein?



Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Das Herz ausgeschüttet	3
<i>Bürgermeister schildern dem Landtag ihre schwierige Haushaltslage</i>	
Zusatzchance durch Kopfnoten	4
<i>Koalition verteidigt ihr Projekt gegen Kritik der Opposition</i>	
Ausbildung als Ehrensache	5
<i>Berufsbildungsjahr 2007: 16.000 Verträge mehr als im Vorjahr</i>	
Geldsegen auch bei Versagen	6
<i>Landtag debattiert über Einkommen und Abfindungen von Managern</i>	
Klarheit beim Tabaknebel	7
<i>Abgeordnete verabschieden Gesetz zum Schutz von Nichtraucherern</i>	
Rote Karte für Extremismus	8
<i>Fraktionen einig gegen Fremdenhass, Rassismus und Antisemitismus</i>	
„Stinker“ müssen draußen bleiben	9
<i>Seit Jahresbeginn gibt es die ersten Verbotszonen für Abgassünder</i>	
Schlag auf Schlag	10-11
<i>Die umweltpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen zu Umweltzonen</i>	
„Schmerzgrenze überschritten“	12
<i>Bauförderung: Sachverständige kritisieren Pläne der Landesregierung</i>	
Nokia kehrt dem Land den Rücken	13
<i>Tausenden droht Arbeitslosigkeit – Parlament reagiert empört</i>	
Politisches Interesse stärken	14
<i>Das Landtagspräsidium reist quer durchs Land von Schule zu Schule</i>	
„Keiner will Kinder im Knast“	14
<i>Debatte um Erziehungscamps: Opposition kritisiert Minister</i>	
Aus den Fraktionen	16-17
„Den Arbeitern näher kommen“	18
<i>Vor 50 Jahren wurde das Ruhrbistum in Essen gegründet</i>	
Porträt: Wolfgang Schmitz (CDU)	19
Mit einem Festkonzert ...	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20



Gelehrtenstreit über Feinstaub

Können Umweltzonen tatsächlich einen merklichen Beitrag zur Verminderung der Feinstaubkonzentration leisten? Eine Frage, über die nicht nur unsere Abgeordneten ins Grübeln geraten, sondern auch die Wissenschaftler. Der „Gutachter-Krieg“ um Sinn und Unsinn von Schadstoffplaketten und Fahrverbotszonen läuft auf Hochtouren.

Es gibt von Industrie und Wirtschaft beauftragte Gutachten, in denen die Einrichtung von Umweltzonen als nahezu wirkungslos beschrieben wird. Die Verminderung des Feinstaubes liege in einem kaum messbaren Bereich, heißt es da. Mitunter ist die Rede von unter einem Prozentpunkt. Andere Expertisen vermitteln hingegen glaubwürdig, dass die Einrichtung von weiteren Fahrverbotszonen für „Dieselstinker“ zwingend notwendig sei, um die Feinstaubbelastung in den nordrhein-westfälischen Verkehrsballungszentren kontinuierlich herunterzufahren.

Da ist es nur verständlich, dass viele Bürgerinnen und Bürger irritiert sind. Nahezu täglich können sie den immer wieder neu entfachten „Gelehrtenstreit“ nur achselzuckend in den Medien verfolgen. Feinstaub – die große Unbekannte, ein Buch mit sieben Siegeln?

„UMWELTZÖNCHEN“

Offenbar scheint die Forschung auf diesem Gebiet längst noch nicht abgeschlossen zu sein. Aus parteipolitischer Sicht lässt sich zweifellos trefflich über das Für und Wider von Umweltzonen streiten. Doch geht das auch aus wissenschaftlicher Sicht? Oder diskutieren wir womöglich über ein Phantom – das Phantom Feinstaub? Und wie gefährlich ist er tatsächlich für den Menschen? Fragen über Fragen, auf die es (noch) keine eindeutigen Antworten zu geben scheint.

Eine Einsicht jedoch ist zu erwarten und dazu muss man nicht einmal Wissenschaftler sein: Mit einer auf 300 Meter Länge begrenzten Umweltzone wie in Dortmund – Kritiker sprechen von einem „Umweltzönchen“ – wird der Kampf gegen zu hohe Feinstaubwerte in der Fläche nicht zu gewinnen sein. Wenn darüber bald Klarheit herrscht, dann kann man sagen: Auch dieses Experiment hat sich gelohnt.

Stattdessen benötigen wir vorausschauende und wissenschaftlich belastbare Lösungen. Dabei muss genau abgewogen werden zwischen messbarem Nutzen für Umwelt und Natur einerseits und den vertretbaren Eingriffen in die Rechte jedes Einzelnen andererseits. Keine leichte Aufgabe – weder für die Politik noch für die Wissenschaft.

ax

Das Herz ausgeschüttet

Bürgermeister schildern dem Landtag ihre schwierige Haushaltslage

Die Konjunktur brummt. Die Steuern fließen. Der Bund und die Länder profitieren davon. Sie sind dabei, ihre Finanzen zu konsolidieren, weniger Schulden zu machen und alte Schulden abzubauen. Kommt der Aufschwung auch bei den Bürgermeistern und Kämmerern der Städte und Gemeinden an?

Nach langen Jahren, in denen die meisten Städte und Gemeinden mehr ausgaben, als sie einnahmen, ist offenbar dank der wirtschaftlichen Lage wieder ein Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen erreicht – „im Durchschnitt“, wie vom Innenministerium (IM) im Rund des SPD-Fraktionssaal betont wurde. Dort hatten sich – von Hellenthal bis Laer – die Repräsentanten zahlreicher kreisangehöriger Städte und Gemeinden des Landes versammelt, die bei aller Vielfalt eins gemeinsam haben: Auf ihre Haushaltsführung wirft die Kommunalaufsicht wegen chronischer Unterfinanzierung ein wachsames Auge. Sie sind „Nothaushaltskommunen“, die nach einem genehmigten oder ungenehmigten Haushaltssicherungskonzept wirtschaften müssen. In ihrer Not haben sie sich zu einem Arbeitskreis zusammengeschlossen.

Von diesen bedrängten Kommunen gibt es zurzeit in Nordrhein-Westfalen mit seinen 396 Kommunen 182 Städte und Gemeinden, und mehr als die Hälfte davon, nämlich 105 (darunter auch kreisfreie Städte), haben kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorzuweisen. Sie werden an der kurzen Leine geführt und unterliegen strengen Auflagen in ihrer Ausgabenpolitik. Das hat Folgen: Obwohl zum Beispiel große Beträge bei den Energiekosten gespart werden könnten, wird einer Nothaushaltskommune untersagt, die zugigen Fenster einer Schule zu ersetzen: Es handele sich nicht um eine „rentierliche“ Ausgabe, erklärt die Kommunalaufsicht.

Dies und anderes beklagten die Bürgermeister landauf, landab. Sie hatten weitere Beispiele an der Hand, um die Abgeordneten des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform unter seinem Vorsitzenden Edgar Moron (SPD) auf ihre Zwangslage hinzuweisen und darauf zu hoffen, dass Parlament und Regierung ihnen zur

Seite stehen und gemeinsam mit ihnen nach Auswegen suchen. Das mit der „durchschnittlich“ ausgeglichenen Haushaltslage möge zwar global stimmen, griff ein Bürgermeister die Feststellung von Johannes Winkel (IM) auf, aber mit „Durchschnitt“ sei das so eine Sache: Man könne mit einem Bein auf der heißen Ofenplatte, mit dem anderen im Kühlschrank stehen – die Temperatur, der man ausgesetzt ist, sei zwar „durchschnittlich“ in Ordnung, aber doch unerträglich.

KOSTENSPRÜNGE

Ein anderer beklagte, dass dem Land der Bürger im Ballungsraum mehr wert sei, als der Einwohner in großen Flächengemeinden; das vertrage sich nicht mit dem Gleichheitsgrundsatz. Im vorwiegend ländlichen Raum müssten die Gemeinden deutlich mehr investieren, um auch den „letzten Weiler“ ans öffentliche Abwassernetz anzubinden. Die Schülerfahrtkosten seien höher, viel mehr Straßen müssten unterhalten werden. Die Kosten für die Bereiche Kreisumlage und „Jugend und Soziales“ seien überproportional, etwa durch die Zahlungen nach Hartz IV, in den letzten Jahren gestiegen. Eine Stadt wie das westfälische Soest stehe einem Kostensprung von 38 Prozent bei den Kindertageseinrichtungen und 36 Prozent bei den Schulen gegenüber. Und trotzdem liege es weiter an den Kommunen, bundespolitische

Zusagen, etwa den Ausbau des Betreuungsangebots für die unter Dreijährigen, zu erfüllen. So komme man auf keinen grünen Zweig.

Und dann die Kreisumlage! Sie entwickle sich ohne Rücksicht auf die Finanzlage der angeschlossenen Gemeinden. Manche Kommunen seien gezwungen, dafür teure Kassenkredite zu saftigen Zinsen in der Schweiz aufzunehmen, wie einer der Bürgermeister klagte, „denn unsere örtliche Sparkasse gibt uns schon lange keinen Kredit mehr“. Die Nothaushaltsbürgermeister haben, das wurde deutlich, kein Verständnis mehr dafür, dass die Kreise Überschüsse anhäufen, die von den Gemeinden kreditfinanziert werden müssten. Dafür habe letztlich der Bürger geradezustehen.

Hier bekamen sie Zuspruch. Der Ausschussvorsitzende Moron (SPD) fand, es müsse rechtlich möglich sein, dass die Kreise sich „parallel“ zu verhalten haben, wenn eine bestimmte Anzahl ihrer Gemeinden gezwungen sei, mit einem Haushaltssicherungskonzept zu arbeiten. Er plädierte außerdem dafür, die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht weiter auseinandergehen zu lassen. „Wenn wir nicht mehr Einnahmen für die Gemeinden schaffen können, dann müssen wir eben die Aufgaben für die Gemeinden reduzieren“, urteilte er. Sie müssten mehr Flexibilität und Spielräume erhalten. IM-Sprecher Winkels, der mit seinem von zahlreichen Zahlen unterfütterten Bericht Interesse und Widerspruch fand, beharrte darauf, dass „die Verantwortung für die Haushaltskonsolidierung bei jeder einzelnen Kommune, nicht aber bei der Aufsicht liegt“. Die sei den Gemeinden schon bis an die Grenze des verfassungsrechtlich Verträglichen entgegengekommen. Aber sonst wurde deutlich, dass die Bitte der gebeutelten Bürgermeister um Beistand kein frommer Wunsch bleiben muss: „Wir sind am Anfang einer Entwicklung zu gemeinsamen Lösungen. Wir greifen das gern auf. Ob klein oder groß – wir wollen leistungsfähige Kommunen“, schloss der Vorsitzende den mehrstündigen Gedankenaustausch.

JK



Vor Beginn der Sitzung versammelte Ausschussvorsitzender Edgar Moron (M.) die Sprecher um sich (v.l.): Lambert Lütkenhorst, Bürgermeister von Dorsten, Dr. Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds NRW, Dr. Eckhard Ruthemeyer, Bürgermeister der Stadt Soest, und Roland Schäfer, Bürgermeister aus Bergkamen und Präsident des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebunds.

Foto: Schälte

Zusatzchance durch Kopfnoten

Koalition verteidigt ihr Projekt gegen Kritik der Opposition

Die eine Schule habe sich darauf verständigt, nur die Note „gut“ zu vergeben. Andere Schulen hätten sich auf „sehr gut“ geeinigt. Die Schulen in kirchlicher Trägerschaft lehnten Noten ab und plädierten für Beschreibung des Arbeits- und Sozialverhaltens in Textform. Es geht um die „Kopfnoten“ auf den Zeugnissen. Die Opposition sah hier „Wirrwar“ und eine Front breiter Kritik. SPD und Grüne beantragten darum eine Aktuelle Stunde, damit der Landtag sich „unverzüglich und aktuell mit der Sachlage befasst“. Das geschah am 20. Dezember vergangenen Jahres.

Ute Schäfer (SPD) diagnostizierte in der Schulpolitik der Koalition eine „Entfremdung von der Realität“. Zum ersten Mal würden im Januar 2008 die Schülerinnen und Schüler sechs Kopfnoten auf ihrem Zeugnis finden: Verantwortungsbereitschaft, Zuverlässigkeit, Konfliktverhalten und Kooperationsbereitschaft seien die Kompetenzbereiche im Sozialverhalten. Die Lehrer hätten zudem noch Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Sorgfalt im Arbeitsbereich zu benoten. Die Bedenken von

die wirklich wichtigen Aufgaben. Sie würden zur Strafe für Kinder mit Handicap, zu einem „Kainsmal“. Die Ministerin sollte die Schulen von ihnen „erlösen“.

Klaus Kaiser (CDU) verlangte „sachliche Beurteilungen statt grenzenloser Übertreibungen“. Die Noten zum Arbeits- und Sozialverhalten seien „Teil der Innovationsstrategie unseres Bildungssystems“. Es gehe um die Vermittlung von Werten und Verhaltensweisen, die ein besseres

Vorbereitung auf möglichst viele Herausforderungen des täglichen Lebens. Schüler könnten damit ihr eigenes Verhalten einschätzen und erhielten eine Rückkopplung darauf. Schlicht falsch sei die Behauptung, schwächere Schüler würden benachteiligt. Gerade ihnen könnten Kopfnoten „ein individuelles Erfolgserlebnis vermitteln und sie auch zu einer verstärkten Leistung in anderen schulischen Fächern animieren“.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) stellte klar: „Kategorien wie Zuverlässigkeit, Leistungsbereitschaft, Kooperationsfähigkeit gehören zu den sogenannten Soft Skills, Fähigkeiten also, die von der Wirtschaft immer stärker verlangt werden.“ Im Übrigen habe es bis 1974 Bewertungen in den Bereichen Betragen, Fleiß und Beteiligung am Unterricht gegeben. Noten als Bewertung seien eine klare und verständliche Rückmeldung, die von Schülern und Eltern verstanden werde. Sie wisse natürlich, dass die Bewertung von Arbeits- und Sozialverhalten für die Lehrkräfte mit zusätzlichem Arbeits-



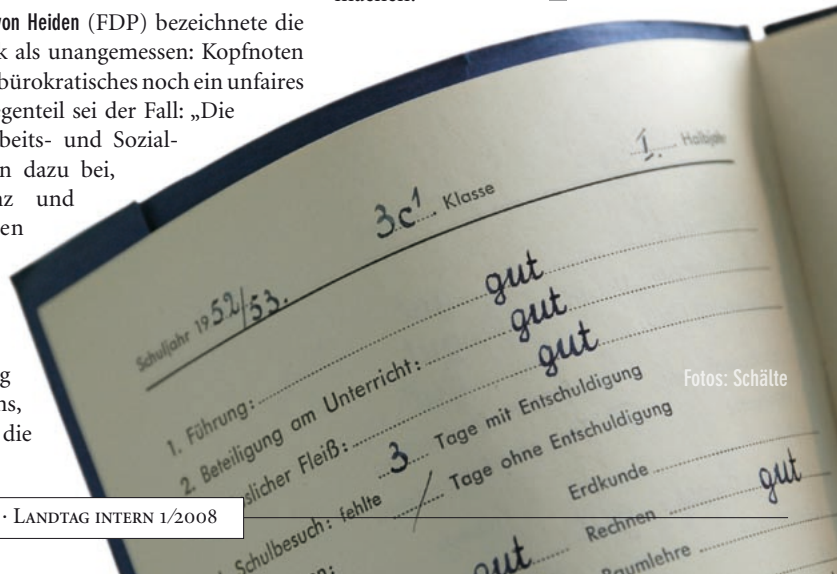
Experten, Wissenschaftlern und Betroffenen gegen Kopfnoten habe die Regierung in den Wind geschlagen. Schäfer nannte dies „eine Koalition der Ignoranz, beratungsresistent bis zum heutigen Tag“. Die Kopfnoten seien pädagogisch fragwürdig, die Empörung über die damit verbundene Ungerechtigkeit schlage im Land hohe Wellen. Die SPD appelliere an CDU und FDP: „Schaffen Sie diese Kopfnoten, diesen pädagogischen Unsinn, ab!“

Sigrid Beer (GRÜNE) fasste zusammen: „Kopfnoten sind überflüssig wie ein Kropf.“ Mit ihnen maße man sich an, über eine Persönlichkeit urteilen zu können. Sie benachteiligten Kinder, die zu Hause keine Arbeitshaltung vermittelt bekämen, wenig Arbeitsruhe fänden und keine hilfreiche Strukturierung des Tages erlebten. Mit anderen Worten: „Kopfnoten benachteiligen die Kinder, in deren Familie die Schule eine geringen Stellenwert hat.“ Kopfnoten seien eine Zumutung aus der pädagogischen Mottenkiste, als „bürokratische Beschäftigungstherapie“ nähmen sie den Schulen die Zeit für

gesellschaftliches Miteinander ermöglichen und dem Einzelnen zusätzliche Chancen eröffnen. Weil man sich in einer Zeit des Umbruchs befinde, seien die Proteste nicht überraschend, fand der Abgeordnete. Das Ministerium betone immer wieder: „Kopfnoten sind keine Maßnahme zur Disziplinierung, Kopfnoten sind Anreize zur Leistungssteigerung“.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) bezeichnete die rot-grüne Kritik als unangemessen: Kopfnoten seien weder ein bürokratisches noch ein unfaires System. Das Gegenteil sei der Fall: „Die Noten zum Arbeits- und Sozialverhalten tragen dazu bei, Sozialkompetenz und Arbeitsverhalten zu fördern“. Die Aufgabe der Schule sei nicht allein die Vermittlung reinen Wissens, sondern auch die

aufwand verbunden sei. Zur Unterstützung des neuen Instruments habe das Schulministerium eine Handreichung veröffentlicht, die Erläuterungen, Anregungen und Vorschläge für die Praxis enthalte. Die Ministerin schloss mit der Feststellung, Kopfnoten würden von den Schülerinnen und Schülern gewollt, weil sie verdeutlichten, dass sich Anstrengungen bezahlt machen. ■



Ausbildung als Ehrensache

Berufsbildungsjahr 2007: 16.000 Verträge mehr als im Vorjahr

Die positive Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt mache Mut, biete jedoch keinen Grund zur Entwarnung – darüber herrschte Einigkeit im Parlament. In einer von den Koalitionsfraktionen beantragten Aktuellen Stunde mit dem Titel „NRW ist bundesweit Motor der Ausbildung“ (Drs. 14/5834) diskutierten die Abgeordneten über Maßnahmen und Ansätze, um künftig noch mehr Jugendlichen in NRW zu einem Ausbildungsverhältnis verhelfen zu können. Dabei appellierten die Abgeordneten auch an die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen.

Eine Anstrengung, in der Wirtschaft und Staat nicht nachlassen dürfen – jungen Menschen eine Ausbildung und damit eine Zukunftsperspektive zu bieten. Außerdem: Wer sich heute verstärkt engagiert, muss morgen nicht mit einem Mangel an qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern rechnen.

Bernhard Tenhumberg (CDU) zog ein Zwischenfazit: Bei der Ausbildung blicke NRW auf ein „seit 15 Jahren nicht mehr da gewesenes Rekordergebnis“. 132.000 Ausbildungsverträge in 2007 – das seien 14,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Und das bei einer bundesweiten Steigerungsrate von lediglich 8,6 Prozent. „Damit wurde ein Drittel aller zusätzlichen deutschen Ausbildungsverträge in NRW abgeschlossen“, konstatierte Tenhumberg. Die Landesregierung habe durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket entscheidend zu dieser Entwicklung beigetragen. Besonderen Dank sprach er den neuen Ausbildungsbetrieben sowie den Privatinitiativen aus, die sich um die Begleitung junger Menschen bei der Berufsorientierung kümmerten. Ausbildung sei in NRW wieder „Ehrensache“. Jetzt gehe es darum, auch den noch nicht versorgten Jugendlichen eine Berufsperspektive anbieten zu können.

Dr. Stefan Romberg (FDP) schloss sich dem Dank seines Vorredners an: „Ohne die Kraftanstrengungen aller Mitglieder im Ausbildungskonsens und ohne die Betriebe in NRW wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen.“ Lobend hob er auch den Arbeitsminister hervor, der sich bei seiner Ausbildungstour persönlich sehr dafür eingesetzt habe, dass wieder mehr Betriebe in NRW Bereitschaft zeigten, junge Menschen auszubilden. Zudem habe man gut daran getan, auf eine Zwangsmaßnahme wie die Ausbildungsplatzabgabe verzichtet zu ha-

ben. Trotzdem sei es nicht an der Zeit, die Hände in den Schoß zu legen, so Romberg. Die Zahl der Altbewerber ohne Ausbildungsplatz sei immer noch hoch. Daher seien allein in 2007 insgesamt 104 Millionen Euro Landesmittel für den Bereich Ausbildung zur Verfügung gestellt worden. An diesem Kurs wolle man auch künftig festhalten.

Rainer Schmeltzer (SPD) äußerte sich erfreut über mehr Ausbildungsplätze in NRW. Dies sei jedoch weder der Anlass für eine „Lobhuldigungs-Aktuelle-Stunde“ noch dafür, sich selbstzufrieden zurückzulehnen. Man dürfe nicht hinnehmen, dass immer noch rund 50.000 junge Menschen keinen Ausbildungsplatz haben. Aufgabe der Politik sei es, die Rahmenbedingungen für Unternehmen, die ausbilden, zu vereinfachen, „ja sie sogar attraktiv zu machen“. Wenn es nicht gelinge, die Ausbildungslücke zu schließen, drohe den deutschen Betrieben in 15 Jahren ein Mangel von drei bis 3,5 Millionen Fachkräften. Unternehmen, die nicht ausbilden, erschlichen sich „durch die Hintertür“ einen Wettbewerbsvorteil. „Denn sie vermeiden nicht nur die Ausbildungskosten, sondern werben überdies die gut ausgebildeten Fachkräfte bei den Ausbildungsbetrieben ab.“

Barbara Steffens (GRÜNE) fragte nach dem Grund für die Aktuelle Stunde. Die Bundesagentur für Arbeit habe die Zahlen schon vor Monaten veröffentlicht. Es sei unbestritten, dass sich der

Ausbildungsmarkt mit der guten Konjunktur verbessert hat. Das sei jedoch nicht das Verdienst der Landesregierung, sondern vielmehr das der Unternehmen und besonders des Handwerks. „Die Landesregierung bejubelt eine Verbesserung, zu der sie den geringsten Beitrag geleistet hat“, so Steffens. „Wie kann man sich hier hinstellen und feiern, obwohl man weiß, wie groß der Berg der Altbewerber in NRW ist?“ Schwarz-Gelb lasse Lösungsansätze vermissen. Solange die Koalition an dem dreigliedrigen Schulsystem festhalte, würden weiterhin Schülerinnen und Schüler – insbesondere mit Migrationshintergrund – an den Hauptschulen aussortiert. Hier müsse dringend angesetzt werden.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) forderte mehr Sachlichkeit: „Als ich vor zweieinhalb Jahren Minister wurde, gab es in diesem Land 111.119 abgeschlossene Lehrverträge. Heute gibt es über 132.000.“ Das sei eine Zunahme von rund 21 Prozent. Zwar sei nicht abzustreiten, dass die Konjunktur dabei geholfen habe. Richtig sei aber auch, dass 30 Prozent des Stellenanzuwachses von der Landesregierung veranlasst worden sind. Auch der Zuwachs im Handwerk habe nicht zuletzt damit etwas zu tun, dass Schwarz-Gelb die Ausbildung attraktiver gemacht habe. Mit dieser Entwicklung hebe sich NRW deutlich von anderen Bundesländern ab. „Ich finde, es ist schon eine Aktuelle Stunde wert, den Landtag an unserer Freude teilhaben zu lassen.“

Geldsegen auch bei Versagen

Landtag debattiert über Einkommen und Abfindungen von Managern

Die breite öffentliche Diskussion über die Höhe von Managergehältern und die gezahlten Abfindungen beim Ausscheiden fand im Landtag ihre Fortsetzung: „Wir brauchen Transparenz und klare Regeln“, forderte die SPD in ihrem Antrag (Drs. 14/5776), der in direkter Abstimmung von der Koalition abgelehnt wurde.

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, umriss den „Skandal“ überhöhter Managergehälter so: Während es in der Gesellschaft zunehmend mehr Menschen gebe, die „von ihrer Hände Arbeit nicht mehr leben könnten“ und die Reallöhne der abhängig Beschäftigten rückläufig seien, hätten Manager der DAX-Firmen von 2005 bis 2006 einen Einkommenszuwachs von 16 Prozent verzeichnen können. Kraft: „Diese Entwicklung wird nicht ohne Folgen bleiben. Die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft nehmen zu. Der Glaube an die soziale Marktwirtschaft nimmt rapide ab“. Das umso mehr, als in den letzten Jahren Manager „nicht wegen ihrer guten Leistungen hoch bezahlt wurden – das fänden die Menschen noch in Ordnung –, sondern trotz ihrer schlechten Leistung“. Darum müsse hier im Landtag darüber diskutiert werden, „wie wir diesen sozialen Verwerfungen einen Rahmen entgegensetzen können“. Das sei nicht einfach, aber über ein neu gestaltetes Steuerrecht müsste es zu erreichen sein. Dazu habe ihre Partei auf Bundesebene eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die CDU-FDP-Regierung in NRW tue hingegen nichts. Die SPD werde aber nicht „lockerlassen“.



Hannelore Kraft (SPD)



Lutz Lienenkämper (CDU)

Lutz Lienenkämper (CDU) stimmte zu: Managerspitzengehälter seien im Vergleich zum durchschnittlichen Arbeitnehmergehalt nicht mehr zu „rechtfertigen“. Vom wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens abgekoppelte Abfindungen seien nicht „vermittelbar“. Unternehmen hätten gegenüber ihren Mitarbeitern und auch gegenüber der Gesellschaft Verantwortung. Aber: „Die Bemessung von Managergehältern ist ausschließlich Angelegenheit der Anteilseigner des jeweiligen Unternehmens.“ Im Unterschied zur SPD sei die CDU nicht der Meinung, dass der Staat in erster Linie bei Fehlentwicklungen für Regelungen zu sorgen habe. So sei vor kurzem die Begrenzung von Abfindungen in den deutschen Corporate Governance Kodex der Wirtschaft aufgenommen worden.

Dietmar Brockes (FDP) sah die Sache anders: „Wenn der Staat nach dem Mindestlohn auch noch den Höchstlohn regeln will, läuft etwas falsch in diesem Land.“ Nicht der Staat, sondern die Tarifparteien, Eigentümer und Aufsichtsräte seien hier zuständig. Brockes: „Ein Gesetz gegen Millionengagen und Abfindungen für Manager wäre Unsinn.“ Topleute würden dem Land den Rücken kehren, die Sache wäre auch ein Verstoß gegen die garantierte Vertragsfreiheit. Weil aber die meisten Unternehmen der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex zur Offenlegung von Vorstandsgehältern nicht folgten, wäre zur Förderung der Transparenz eine Stärkung der Rechte der Hauptversammlung notwendig. Die FDP in NRW sei generell für ein Dreisäulenmodell: Zum tariflichen Fixum sollten ein variables Gehalt und eine Aktienkomponente hinzukommen.

Barbara Steffens (GRÜNE) urteilte, wer hier von einer Angelegenheit spreche, die allein die Unternehmen angehe, der „macht sich einen schlanken Fuß“ und ziehe sich aus der Sache heraus. Die Schere bei den Einkommen gehe immer weiter auseinander, der soziale Frieden sei ein Stück weit bedroht. Abfindungen dürften nicht länger für die Betriebe steuerlich als Betriebsausgabe absetzbar sein, denn so zahlten „indirekt die Bürgerinnen und Bürger den Unternehmern ihre Abfindungen“. Es gebe etwa im Steuerrecht eine ganze Reihe von politischen Instrumenten: „Wir haben eine parlamentarische und vor allem eine politische Verantwortung“.



Dietmar Brockes (FDP)



Barbara Steffens (GRÜNE)



Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU)

Fotos: Schälte

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) betonte: „Ich warne vor Schnellschüssen und voreiligen Festlegungen auf gesetzlich fixierte und verbindliche Regelungen.“ Es möge zwar „kraftvoll“ erscheinen, die „Keule zu schwingen“, aber „klug“ sei das nicht. Es könnte unüberlegt „Porzellan zerschlagen“ werden. Die Ministerin verwies auf Großbritannien, wo man die steuerliche Absetzbarkeit von Abfindungen abgeschafft habe – „mit null Konsequenzen“, wie sie betonte. Sie nahm die Wirtschaft in die Pflicht: Die Klärung der „richtigen“ Einkommenshöhe sei grundsätzlich ihre Aufgabe. Die Aktionärsversammlungen müssten aber ausreichend steuernd eingreifen. Hier erwarte sie, dass die Wirtschaft aktiv werde. Die Ministerin: „Die Politik muss entscheiden, ob sie flankierend tätig wird, ob sie möglicherweise zu mehr Transparenzregeln beispielsweise durch eine Fortschreibung des Deutschen Corporate Governance Kodex drängen sollte.“



Klarheit beim Tabaknebel

Abgeordnete verabschiedeten Gesetz zum Schutz von Nichtrauchern

Passivraucherschutzgesetz, Gesetz zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes, Gesetz zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern – drei Gesetzentwürfe, drei Lösungsansätze, ein Ziel: Tabakqualm und damit gesundheitliche Gefahren weitgehend aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Darüber debattierten die Landtagsabgeordneten im Plenum und machten Ende Dezember in zweiter Lesung den Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 14/4834) zum Gesetz.

Rudolf Henke (CDU) bezifferte die Zahl der Todesfälle durch Passivrauchen auf 750 bis 850 pro Jahr in NRW. Die Einsicht, wie gefährlich das Passivrauchen für Erwachsene und vor allem für Kinder ist, habe sich inzwischen durchgesetzt. Während SPD und Grüne in den langen Jahren ihrer Regierungsverantwortung nichts getan hätten – die von ihnen jetzt vorgelegten Gesetzentwürfe seien nichts anderes als „Heldentum nach Ladenschluss“ –, gestalte die Koalition „den besten Nichtraucherschutz, den es in Nordrhein-Westfalen je gegeben hat: Ab dem 1. Januar gilt ein Rauchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen des Landes und der Kommunen, der Justiz sowie weiterer Träger öffentlicher Verwaltungen“. Das Gesetz, so Henke, sei ein „Meilenstein“.

Ursula Meurer (SPD) entgegnete: „Diese Wertung ist nicht nur leicht übertrieben.“ Die Menschen in NRW hätten schon lange vor dem 1. Januar

2008 vor Qualm geschützt werden können, denn schon im Februar 2007 habe die SPD-Fraktion dem Landtag einen Entwurf vorgelegt. Sie beklagte ebenfalls die versäumte Chance auf Bundesebene: Die frühere Bundesregierung unter Kanzler Kohl und Gesundheitsminister Seehofer hätte vor Jahren schon einen allgemeinen Nichtraucherschutz auf den Weg bringen können; damals sei der Bund noch dafür zuständig gewesen. Jetzt nach der ersten Föderalismusreform liege die Zuständigkeit bei den Ländern. Die Abgeordnete forderte die CDU auf, „ihrem Herzen einen Stoß zu geben“ und den weitergehenden Bestimmungen des SPD-Gesetzentwurfs zuzustimmen. Die FDP wolle dagegen mit ihrem jüngsten Plädoyer für die Eckkneipe eine Aufweichung. Aber: „Nichtraucherschutz ist keine Frage des Koalitionsfriedens.“

Dr. Stefan Romberg (FDP) erkannte im NRW-Gesetz ebenfalls einen „Meilenstein für den kon-

Der Griff zur Zigarette außerhalb der eigenen vier Wände wird in Nordrhein-Westfalen seit einiger Zeit seltener. Seit 1. Januar 2008 herrscht im öffentlichen Raum ein weitgehendes Rauchverbot, um Nichtraucher vor den negativen gesundheitlichen Folgen des Passivrauchens zu schützen. Die Schonfrist für Gaststätten endet am 1. Juli dieses Jahres.

Foto: Schälte

sequenten Nichtraucherschutz“. Das ehemalige Kräfteverhältnis, bei dem Raucher teils rücksichtslos den Ton angaben, sei damit endgültig zugunsten der Nichtraucher zurechtgerückt worden – „und das ist gut so.“ Es sei ein guter, praxisorientierter Kompromiss gefunden worden, fuhr Romberg fort, der im Vergleich zu anderen Bundesländern in der Gastronomie viele Freiräume zulasse und „der bundesweit die liberalste Lösung darstellt“. Weiterhin müsse auf Aufklärung gesetzt werden, Verbote seien der falsche Weg. Der als Suchttherapeut arbeitende Abgeordnete freute sich über die zurückgehenden Zahlen beim Tabakkonsum vor allem jüngerer Menschen.

Barbara Steffens (GRÜNE) wandte sich an die FDP mit dem Vorwurf, sie habe 15 von 39 Jahren im Land mitregiert und „keinen Nichtraucherschutz gemacht“. Also sollte man mit der Legendenbildung aufhören, „irgendwer habe irgendwas irgendwann in der Vergangenheit nicht getan“. Vor dem Hintergrund der Regelungen in anderen Bundesländern, etwa Bayern, finde sie die nordrhein-westfälischen Regelungen „zutiefst bedauerlich“. Die Menschen fragten sich doch, warum hierzulande die Gesundheit weniger wert sei als in Bayern. Natürlich sei sie nicht weniger wert, „aber das Gesetz schützt sie weniger“. Die Koalition sei dafür verantwortlich, dass in „Hinterzimmern, bei Brauchtumsfeiern und bei sonstigen Anlässen Menschen wider ihrem Willen zugequalmt werden“. Die Grünen hätten den Gesetzestext von Bayern übernommen, weil sie ihn für richtig, weitgehend und gut hielten. Es wäre ohnehin besser, wenn es eine bundeseinheitliche Lösung gäbe, meinte sie.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) betonte, mit dem Gesetz betrete man Neuland. Deswegen sei in drei Jahren vor dem Hintergrund der gesammelten Erfahrungen eine Überprüfung angesagt. Konsequenter Nichtraucherschutz sei seit Jahren überfällig, mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung werde er ausgewogen gewährleistet. Der SPD-Entwurf sei undifferenziert und spare wichtige Bereiche aus. Der von den Grünen orientiere sich am bayerischen Vorbild, sattele aber zusätzliche Forderungen drauf, etwa das Rauchverbot, wenn Tagesmütter in ihrer eigenen Wohnung Kinder betreuten. Da beuge man sich auf „Glatteis“, wenn man versuche, die Privatsphäre einzuschränken, fand der Minister. Den Beginn des Nichtraucherschutzes in Gaststätten am 1. Juli 2008 wertete Laumann als „faires Angebot“.

Rote Karte für Extremismus

Fraktionen einig gegen Fremdenhass, Rassismus und Antisemitismus

Mit einem wichtigen Signal haben sich CDU, SPD, FDP und Grüne an die Öffentlichkeit gewandt: Die vier Fraktionen erarbeiteten einen gemeinsamen Antrag (Drs. 14/5832) mit dem Titel „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen keine Chance geben!“ und haben ihn im Dezember in direkter Abstimmung einstimmig verabschiedet.

Ilka von Boeselager (CDU) hielt diesen gemeinsamen Einsatz unter Hinweis auf den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht für „dringend geboten“. Gegen das Phänomen rechts- und linksextremistischer Gewalt müsse ein Zeichen gesetzt werden. Beide Arten von Extremismus seien eine immens große Gefahr für die demokratische, freiheitliche Grundordnung, fuhr die Abgeordnete fort und nannte drei Punkte eines Handlungskatalogs für die Landesregierung. Schulen hätten als Lern- und Lebensorte für Demokratie und Toleranz keinen Platz für Fremdenfeindlichkeit und Extremismus; hier seien die Lehrerinnen und Lehrer zu unterstützen. Im Sport mit seinen vielfältigen Möglichkeiten für ein friedvolles und tolerantes Miteinander sei die Arbeit der Fanprojekte in den Fußballvereinen zu fördern. Die Landesregierung sei ferner aufgerufen, auch weiterhin das ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement gegen jegliche Form von Extremismus zu stärken.

Edgar Moron (SPD) goss Wasser in den Wein: Es sei kein gutes Beispiel für die parlamentarische Diskussion zwischen den Fraktionen, „wenn man über Monate hinweg um jedes Wort dieses Antrags feilscht“. Er habe den Eindruck, dass es dabei CDU und FDP vor allem darum gegangen sei, „den Rechtsextremismus durch einen Verweis auf anderen politisch motivierten Extremismus zu relativieren“. Aufgrund der deutschen Geschichte habe aber der Rechtsextremismus ein „Alleinstellungsmerkmal“. Er dürfe nicht verharmlost oder bagatellisiert werden. Kommunale Vertreter dürften in den Räten auch nicht den Weg zu rechten Parteien suchen, „das müssen wir gemeinsam verhindern“.

Horst Engel (FDP) fand: „Alle Demokraten müssen so eng beieinander stehen, dass sich nicht einmal das sprichwörtliche Blatt Papier dazwischen stecken lässt“. Der Abgeordnete nannte als „herausragende Initiative“ des Innenministers dessen Comic „Andi“ (siehe Foto), der in Bild und Sprache junger Menschen auf die Gefahren der Anwerbungsversuche der

rechten Szene aufmerksam mache. Justiz und Polizei müssten den demokratischen Staat und seine Bürger schützen. Aber sie seien nicht in der Lage, rechtsextremistische Szenen vor Ort oder rechtsextremistische Einstellungen zu verhindern: „Hierzu bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung.“

Monika Düker (GRÜNE) erinnerte daran, dass der Hauptausschuss beauftragt worden sei, eine gemeinsame Resolution für ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus in der Gesellschaft aufzustellen. „Hier ging es nicht darum, Rechts- und Linksextremismus und Extremismus ganz allgemein im 25. Appell dieses Landtags die Rote Karte zu zeigen.“ Rechtsextremismus grenze aus, er sei nationalistisch und antisemitisch. Problemlösungsstrategien müssten breit angelegt sein. Dabei gehe es „um die Stärkung der Zivilgesellschaft, um Courage, um Engagement gegen extremistische antidemokratische Aktivitäten und um Ächtung“.

Peter Biesenbach (CDU) meinte zur Dauer der Antragsfindung, man habe sich lange nicht einigen können, „ob wir hier Extremismus in jeder Form und damit auch in jeder politischen Richtung ansprechen“. Das Parlament solle deutlich machen: Wir wollen keinen Extremismus! „Wir werden ihn in allen Richtungen bekämpfen und besonders da, wo der Einsatz massiv erforderlich ist.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) erklärte: „Die NPD bereitet sich intensiv auf die Kommunalwahl 2009 vor.“ Und weiter: „Die Vorstellung, eine verfassungsfeindliche Partei wie die NPD in demokratischen Gremien sitzen zu haben, ist für jeden Demokraten unerträglich.“ Wer, wie gefordert, sich „fortwährend und ernsthaft“ mit dem Extremismus und seinen Gefahren für die Demokratie befasse, der dürfe sich nicht darauf beschränken, bestehende Gesetze zu ändern und zu verschärfen, oder ein Verbot zu verlangen. „Gemeinsames Handeln – politisch wie zivilgesellschaftlich – ist gefordert!“ Aufklärung, Erlernen und Erleben von Toleranz sowie der vorurteilsfreie Umgang mit Menschen anderer Nationen, Hautfarbe und Religion müssten so früh wie möglich, also schon in Elternhaus und Kindergarten, beginnen. Um gegen die Bemühungen von Rechtsextremisten, sich auf lokaler Ebene zu verankern, vorzugehen, kündigte der Innenminister an, man werde im Schulterchluss mit den Kommunalen Spitzenverbänden versuchen, bei der Prävention noch stärkere Akzente zu setzen: „Dazu werden wir uns mit den Kommunen an einen Tisch setzen.“ ■



Foto: Schalte

„Stinker“ müssen draußen bleiben

Seit Jahresbeginn gibt es die ersten Verbotszonen für Abgassünder

Schön ist anders. Es gibt sie in grün, gelb und rot. Die Rede ist von Schadstoffplaketten, die auf immer mehr Pkw-Windschutzscheiben ihren Platz neben Park-, Versicherungs- oder Automobilclubaufklebern finden. In Köln sind sie bereits Pflicht, denn dort gibt es seit Anfang Januar die erste Umweltzone in NRW. Sie umfasst ein Terrain von rund 16 Quadratkilometern. Und weitere sollen folgen: Schon im Herbst könnte NRW eine europaweite Vorreiterrolle in Sachen Umweltzonen einnehmen. Denn drei insgesamt fast 600 Quadratkilometer große Umweltzonen im Ruhrgebiet sollen dann – so der vorläufige Planungsstand – für schadstoffreiche „Stinker-Autos“ gesperrt werden.

Ein Bußgeld von 40 Euro und ein Punkt in der Flensburger Verkehrssünderdatei – das droht künftig all denjenigen, die mit ihrem Pkw in einem als Umweltzone deklarierten Stadtgebiet ohne Schadstoffplakette unterwegs sind. Auch wer hier „doch nur parkt“, muss mit einer Strafe rechnen. Gezahlt werden muss auch, wenn der Wagen eigentlich die für eine der drei Plaketten notwendige Schadstoffstufe einhält, der Fahrzeughalter aber bislang „einfach noch keine Zeit gefunden hat“, sich die Plakette zu besorgen. Die Entschuldigungen und Ausreden, die die Ordnungshüter tagtäglich zu hören bekommen, sind – so in einer Kölner Tageszeitung kürzlich beschrieben – vielfältig und reichen von platt bis kreativ. Noch drückt die Stadt Köln jedoch ein Auge zu und belässt es bei einer Ermahnung. Diese „Schonfrist“ gilt bis zum 31. März. Wer jedoch danach ohne Plakette erwischt und zur Kasse gebeten wird, sollte das nicht für einen Aprilscherz halten.

Nach der so genannten Plakettenverordnung werden Autos, Busse und Lkw in vier Schadstoffklassen eingeteilt: Auf den runden, farbigen Plaketten sind jeweils die Nummern der Schadstoffgruppen 2 (rot), 3 (gelb) und 4 (grün) angegeben. Zunächst haben zwar alle Autos mit Plaketten freie Fahrt, für später drohen aber abgestufte weitere Einschränkungen: Denn Städte können auch Fahrverbote für Pkw mit roten und später gelben Plaketten aussprechen. Diesel, die höchstens die Euro-Norm 1 erreichen, und Benziner ohne (geregelten) Katalysator fallen in die Schadstoffklasse 1 und bekommen keine Plakette. In Umweltzonen gilt für sie Fahrverbot. Bei

manchen Fahrzeugen besteht die Möglichkeit, Partikelfilter nachzurüsten. Das kostet zwischen 600 und 1.600 Euro. Die Nachrüstung senkt nicht nur die Feinstaubemission, sie wird auch vom Staat gefördert. Wer seinen Diesel-Pkw bis Ende 2009 umrüstet, erhält 330 Euro, die mit der Kfz-Steuer verrechnet werden.

SANKTIONEN

Ziel der Umweltzonen ist es, die Belastung von Ballungsräumen mit Feinstäuben und Stickoxiden nachhaltig zu reduzieren. Damit wollen Land und Kommunen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger vor möglichen Gesundheitsgefahren schützen, sondern auch der Feinstaubrichtlinie der Europäischen Union (EU) gerecht werden. Sie schreibt eine Tagesobergrenze von 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft vor, die höchstens an 35 Tagen pro Jahr überschritten werden darf. Zahlreiche Städte in NRW verstoßen allerdings gegen diese Normen. Sie müssen jedoch erst von 2011 an mit Sanktionen aus Brüssel rechnen. Anfang 2010 soll dann auch ein EU-Grenzwert für Stickstoffdioxid folgen. Zudem hat das Bundesverwaltungsgericht in seiner Entscheidung vom 27. November 2007 den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland ein einklagbares Recht auf saubere Luft eingeräumt.

Für reichlich Diskussionsstoff zwischen Parlament, Landesregierung und den drei zuständigen Bezirksregierungen Düsseldorf, Münster und Arnsberg sorgen derzeit die Planungen für das Ruhrgebiet: Während sich die Opposi-

tionsfraktionen

SPD und Grüne für

eine große, zusammenhängende „Umweltzone Ruhrgebiet“ aussprechen, befürworten Landesregierung und Koalitionsfraktionen die sogenannte Wabenlösung. Sie lehnen eine „undifferenzierte Ausweisung“ einer Umweltzone für das gesamte Ruhrgebiet ab. Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft und Handwerk dürften nicht durch „unverhältnismäßige Umweltschutzaufgaben“ in ihren Rechten beschränkt und in ihrer Wettbewerbsfähigkeit behindert werden.

„Wabenlösung“, so die Opposition, bedeute nichts anderes als ein „Flickenteppich“. Eine einheitliche Umweltzone im Revier sei hingegen deutlich effizienter, leichter handhabbar und zudem mit weniger bürokratischem Aufwand verbunden. Unterstützung erhält sie dafür vonseiten der Umweltorganisationen. Laut Landesumweltministerium sollen die Planungsentwürfe für das Ruhrgebiet Ende Februar vorgestellt werden. Als realistischer Einführungsstermin für die Umweltzone gilt dann der Herbst dieses Jahres.

ax



Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Friedhelm Ortgies (CDU)



Svenja Schulze (SPD)

Zu Beginn des Jahres startete die erste NRW-Umweltzone in Köln – das ist ...

... ein Beitrag zur Verbesserung der Gesundheit und der Umwelt. Es ist aber auch eine einschneidende Maßnahme, die alle Kommunen mit Feinstaubproblemen in Europa angehen müssen, um die europarechtlichen Vorgaben zu erfüllen.

... ein guter Anfang für einen sauberen Himmel über Rhein und Ruhr und eine bessere Luftqualität für die Menschen, die in den Städten wohnen und arbeiten müssen. Ein Quantensprung – wie gern von der Landesregierung behauptet – ist es noch nicht.

Sollte im Herbst fast das gesamte Revier als zweite große Umweltzone in NRW nachziehen, dann ...

... bin ich sicher, dass im Vorfeld die Abwägung darüber, wie weit dieser Eingriff in einen zentralen Wirtschaftsraum Europas gehen kann, im Ministerium verantwortungsvoll erfolgt.

... werden viele der fünf Millionen Menschen in der Metropolregion aufatmen. Leider hat der Umweltminister zugelassen, dass es durch den Arnberger Regierungspräsidenten und Lobbyisten nur zu einem Flickenteppich kommt und keine einheitliche Umweltzone entsteht.

Die Nach- und Umrüstung von älteren Autos mit Abgasreinigungsanlagen ist kostspielig. Beim Umweltschutz spielt der Geldbeutel ...

... für viele eine wichtige Rolle. Daher wird die Nachrüstung auch steuerlich gefördert. Die Bürger sind trotz Kostenbelastung zum Glück zunehmend bereit, selbst etwas für unsere Umwelt zu tun.

... natürlich eine Rolle. Darum gibt es auch für die Nachrüstung einmalig eine Entlastung bei der Kfz-Steuer von 330 Euro und man spart dauerhaft. Und gerade Geringverdienende wohnen oft in den am meisten belasteten Gegenden – hier muss man was für saubere Luft tun.

Zum Schutz der Umwelt werden die Mobilität und die Nutzung des Eigentums eingeschränkt. Das ist in meinen Augen ...

... mit angemessenen Übergangszeiten nur eingeschränkt vertretbar. Wir als CDU müssen versuchen, die Bürger zu überzeugen und mitzunehmen.

... erlaubt, solange dies nicht zu gravierenden Benachteiligungen führt und insgesamt die Lebensqualität der Menschen verbessert. Die Mobilität müsste nicht eingeschränkt sein, wenn CDU und FDP den ÖPNV ausbauen würden, statt ihn zu kürzen.

Wenn die „Zeitung für Deutschland“ behauptet, der Feinstaub habe sich wie ein Phantom aus dem Staub gemacht, dann ...

... ist das ein nettes Wortspiel, welches allerdings verkennt, dass wir in NRW das Problem nicht einfach vor uns herschieben können, sondern lösen müssen.

... halte ich das für Augenwischerei. Rot-Grün hat für eine Verringerung industrieller Schadstoffemissionen gesorgt, was die aktuelle Landesregierung gern anführt. Wir sollten diese ersten Erfolge nicht argumentativ dazu missbrauchen, unsere Anstrengungen einzustellen.

Die vielfach beschriebenen Gefahren des Feinstaubes für den Menschen sind aus meiner Sicht ...

... ernst zu nehmen, aber differenziert zu betrachten. Feinstaub ist nicht gleich Feinstaub. Die CDU-Fraktion hat entsprechende Initiativen ergriffen, um den Umwelt- und Gesundheitsschutz zu verbessern.

... absolut belegbar. Feinstäube sind Auslöser für Bronchial-, Herz- und Kreislauferkrankungen und sogar Lungenkrebs. Das Bundesverwaltungsgericht hat deshalb beschieden, dass die Bürgerinnen und Bürger ein einklagbares Recht auf saubere Luft haben.

Ich glaube, das Ziel, den Feinstaub und die Stickoxide zu verringern, wird mit dem Instrument der Umweltzonen ...

... über einen längeren Zeitraum betrachtet nur dann erreichbar sein, wenn die Probleme des überörtlichen Verkehrs und die Emissionen anderer Verursacher mit einbezogen werden.

... ein Stück weit umgesetzt. Allerdings müssen wir noch wesentlich weiter gehen: Große zusammenhängende Zonen sind effizienter und durchschaubarer für die Nutzer. Und ich frage die Autoindustrie: Wo bleibt das Zweiliter-Auto mit geringerem Schadstoffausstoß?

Diesmal sind es die umweltpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen.

Holger Ellerbrock (FDP)



Johannes Rimmel (GRÜNE)



... für viele unproblematisch. Für all diejenigen aber – vom Anwohner bis zum Handwerker –, die sich nicht die neueste Fahrzeugtechnik leisten können, bedeutet dies eine deutliche Einschränkung ihrer Mobilität.

... müssen Fahrverbote durch nennenswerte Reduktionen der Feinstäube gerechtfertigt werden. Sie können an Brennpunkten sinnvoll sein, sind aber nur „ultima ratio“, wenn alle anderen Maßnahmen versagen. Überregional verursachte Hintergrundbelastung wird so kaum gesenkt.

... gerade für Menschen mit geringerem Einkommen immer eine Rolle. Deshalb müssen Instrumente und Maßnahmen stets auf ihre Kostenwirkung geprüft werden. Sinnvoll sind für den Verbraucher langfristig planbare Grenzwerte, wie etwa die Euro-Abgas-Normen für Pkw und Lkw.

... ein schwerwiegender Eingriff in die persönliche Freiheit der Menschen. Dieser Eingriff muss stets gut begründet sein. Verbote sollten grundsätzlich das letzte Instrument sein. Sie erfordern aus Sicht der FDP einen exakten Nachweis ihrer Wirksamkeit.

... zeigt dies, dass die Anstrengungen der vergangenen Jahrzehnte in der Luftreinhaltung nachhaltig Wirkung zeigen – auch ohne Umweltzonen. Die Gesamtstaubbelastung ist in den letzten 30 Jahren von über drei Millionen auf 209.000 Tonnen im Jahr 2002 gesunken.

... weiter wissenschaftlich zu evaluieren. Um gesicherte Erkenntnisse zu gewinnen, sollten aus Sicht der FDP auf europäischer Ebene in ausgewählten Modellregionen die Feinstaubentstehung weiter erforscht und wirksame Reduktionsmaßnahmen erprobt werden.

... nur unzureichend erreicht. Effektiver sind langfristig wirkende und für Bürger und Wirtschaft planbare Reduktionspfade, etwa über die Euro-Normen für Fahrzeuge oder über die Immissionsschutzverordnungen für Industrie und Haushalte.

... der richtige Schritt für mehr Gesundheitsschutz. Während bundesweit Umweltzonen Anfang 2008 eingerichtet wurden, hat es Minister Uhlenberg zugelassen, dass das Ruhrgebiet als Ballungsraum von fünf Millionen Menschen noch keine übergreifende Umweltzone hat.

... ist das viel zu spät. Ob eine große Umweltzone kommt, ist offen. Der Minister nimmt den Schutz der Menschen nicht ernst und lässt sich von seinem CDU-Kollegen, dem Arnsberger Regierungspräsidenten, torpedieren. Es wird eher ein „Umweltzonen-Flickenteppich“.

... auch eine Rolle. Deswegen haben wir uns für eine bessere steuerliche Förderung der Umrüstung der Autos eingesetzt. Wir wollen mehr und attraktivere Angebote für Bus und Bahn.

... die falsche Perspektive. Es geht wie beim Nichtraucherschutz vor allem um die Gesundheit der Menschen, die dort wohnen. Da sind auch eventuell Einschränkungen nötig. Wir fordern, den ÖPNV massiv auszubauen. Hier wird von Schwarz-Gelb drastisch gekürzt.

... ist das schlicht falsch. Die Feinstaubproblematik ist weiterhin akut. Außerdem kommen Stickoxide und Lärm hinzu, die in den Ballungsräumen vom Verkehr als Haupt-Verursacher ausgehen.

... sehr ernst zu nehmen. 2000 wurde die Lebenszeit in Europa im Schnitt um 8,6 Monate, in Deutschland um 10,2 verkürzt (WHO). In Europa sterben jährlich über 288.000 Menschen (Deutschland: 65.000) vorzeitig an den Folgen der Feinstaubbelastung (EU-Kommission).

... in Ballungsgebieten derzeit am besten erreicht. Große Umweltzonen sind der beste Anreiz, Autos umzurüsten. Wir brauchen aber auch Strategien, um die Hintergrundbelastung durch Industrie und Landwirtschaft zu mindern, und einen Qualitätssprung beim ÖPNV.

**Idee und Umsetzung:
Jürgen Knepper und
Axel Bäumer**

„Schmerzgrenze überschritten“

Bauförderung: Sachverständige kritisieren Pläne der Landesregierung

Jährlich rund 60 Millionen Euro aus ihren Finanzüberschüssen soll die Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen (Wfa) von 2009 bis 2011 an den Landeshaushalt abführen. Hinzu kommt für das Jahr 2008 ein Beitrag von 82 Millionen Euro. Das sieht die Landesregierung mit ihrem Fünften Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes (Drs. 14/5336) vor. Mit den Plänen beschäftigten sich der Ausschuss für Bauen und Verkehr (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) sowie der Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD) in einer öffentlichen Anhörung im Landtag.

Klare Worte fanden die eingeladenen Sachverständigen, um ihrer einstimmigen Ablehnung gegenüber dem Gesetzentwurf Ausdruck zu verleihen. „Eine Schmerzgrenze wird hier überschritten“, erklärte Roswitha Sinz vom Verband der Wohnungswirtschaft (VdW) Rheinland-Westfalen. Die kontinuierliche Abschöpfung von Finanzmitteln aus dem Wohnungsbauvermögen für die allgemeine Haushaltskonsolidierung bedeute eine Zweckentfremdung von Fördergeldern. Diese Praxis könne der VdW auch im Interesse der Mieterinnen und Mieter nicht akzeptieren.

Ebenso machte Gesine Kort-Weiher vom Städtetag Nordrhein-Westfalen im Plenarsaal deutlich, dass mit Blick auf den Gesetzentwurf um die Zukunft der Wohnungsbauförderung im Land zu fürchten sei. „Es besteht die Gefahr, dass die Förderpolitik für den Wohnungsbau künftig nicht mehr nach Bedarf, sondern nach Haushaltslage erfolgt“, so Kort-Weiher. Ihr Eindruck: „Die Wfa wird flüssiger Finanzmittel beraubt.“ Die Vertreterin des Städtetags rief die schwarz-gelbe Landesregierung dazu auf, das Gesetzesvorhaben noch einmal kritisch zu überprüfen, und wies in Übereinstimmung mit den weiteren Sachverständigen auf die anstehenden Herausforderungen der Wohnungsbaupolitik in den kommenden Jahren und Jahrzehnten hin. So würden der demographische

Wfa

Die Wfa wurde im April 1958 gegründet. Seitdem realisiert sie die Programme des Landes zur Wohnungsbauförderung, beobachtet die Entwicklungen auf dem nordrhein-westfälischen Wohnungsmarkt und hilft Haushalten in wirtschaftlichen Notlagen beim Erhalt des geförderten Wohneigentums. Die Wfa ist eine Anstalt der NRW.BANK. Ihre Finanzmittel werden jedoch unabhängig vom sonstigen Vermögen der Bank verwaltet.

Wandel und die zunehmende Altersarmut in der Gesellschaft die Nachfrage nach günstigem Wohnraum drastisch erhöhen.

„Die zu geringe Investitionstätigkeit der Wohnungsbauunternehmen steht diesem wachsenden Bedarf jedoch entgegen“, betonte Reiner Fuest als Vertreter der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen. „Wir benötigen neue Anreizprogramme, die eine altersgerechte und barrierefreie Umstrukturierung der Woh-

nungsbestände ermöglichen.“ Fuest äußerte vor diesem Hintergrund „erhebliche Bedenken“ gegenüber dem Gesetzentwurf, da dieser einen „schleichenden Substanzverlust des Landesbauvermögens“ mit sich bringe. Er forderte die Landesregierung auf, eine neue Förderpolitik für den nordrhein-westfälischen Wohnungsbau zu etablieren. Dies sei im Zuge der Föderalismusreform nun losgelöst von den bisher engen Fördervorschriften des Bundes möglich.

Darüber hinaus kündigte Bernhard von Grünberg als Sachverständiger des Deutschen Mieterbundes Nordrhein-Westfalen an, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in den weiteren Prozess der Gesetzgebung einzuschalten. Das Wohnungsbauvermögen sei schließlich zugleich als finanzielle Sicherheit für die Aktivitäten der NRW.BANK vorgesehen. „Wir wollen deshalb klären lassen, ob es rechtlich überhaupt möglich ist, ein derartiges Sicherungsvermögen in der geplanten Weise aufzubrauchen“, so von Grünberg. Er äußerte die Sorge, dass insbesondere der soziale Wohnungsbau von politischer Seite vernachlässigt und die Förderpolitik den zunehmenden Anforderungen eines ausdifferenzierten Wohnungsmarktes nicht mehr gerecht werde.

„In Zukunft werden noch mehr Finanzmittel für die Modernisierung von Wohnungsbeständen fehlen“, prognostizierte in diesem Sinne auch Falk Kivelip vom Landesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Nordrhein-Westfalen. Der Sachverständige sah eine deutlich wachsende Wohnungsnachfrage bei Familien mit Kindern, bei Alleinerziehenden und Rentnern voraus. Er warnte ausdrücklich davor, die Finanzmittel der Wfa für die Haushaltskonsolidierung zu verwenden. Eine langfristig gesicherte Wohnungsbauförderung sei notwendig, „damit die Mieten bezahlbar bleiben und der Wohnungsbau für die Unternehmen nicht zu einem Minusgeschäft wird.“ SW



Ausschusspitzen und zwei Expertinnen (v.l.): Gesine Kort-Weiher, Roswitha Sinz und die Vorsitzenden Wolfgang Röken (Bauen und Verkehr) sowie Anke Brunn (Haushalt und Finanzen, beide SPD).

Foto: Schälte

Nokia kehrt dem Land den Rücken

Tausenden droht Arbeitslosigkeit – Parlament reagiert empört

Wut und Empörung stand den Abgeordneten förmlich ins Gesicht geschrieben. Als der Wirtschaftsausschuss (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) am 16. Januar zusammentrat, war die Nachricht noch keine 24 Stunden alt: Da hatte der finnische Mobilfunkhersteller Nokia erklärt, er werde zur Jahresmitte sein Werk in Bochum schließen und die Handyproduktion von NRW nach Rumänien verlagern. Angeblich sei der Bochumer Standort „einfach nicht profitabel genug“, so Veli Sundbäck, Aufsichtsratschef der Bochumer Nokia GmbH. Dabei schreibt der Weltmarktführer tiefschwarze Zahlen. Tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fürchten jetzt um ihre Zukunft. Pikantes Detail: Der Konzern kassierte von Land und Bund Fördermittel in Millionenhöhe.

Fotos: Schalte

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) nannte die Konzernpläne „außerordentlich schmerzhaft für Bochum und die ganze Region“. Die Unternehmensentscheidung sei „sachlich nicht nachvollziehbar“. Ohne wirtschaftliche Not würden hier tausende Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt. Dabei habe der Konzern Ende 2007 sein weltweites Umsatzwachstum im Vergleich zum Vorjahr auf 2,798 Milliarden Euro beziffert. Damit sei die Umsatzrendite in nur einem Jahr von 13 auf über 22 Prozent gestiegen.

Die Tatsache, dass sich Nokia in der Vergangenheit die Schaffung von Arbeitsplätzen am Standort Bochum habe subventionieren lassen, setze dem ganzen die Krone auf, so die

Ministerin. So habe Nokia in den Jahren 1995 bis 1999 allein von NRW knapp 60 Millionen Euro erhalten. Zudem habe der Bund bis 2007 rund 28 Millionen Euro an Forschungsgeldern zugesprochen. Zwar seien die Subventionen des Landes an eine fünfjährige Standortgarantie gekoppelt gewesen, diese sei jedoch gerade abgelaufen.

Darüber hinaus habe sich Nokia nach der letzten Subventionszahlung im Jahre 1999 gegenüber dem Land verpflichtet, die Beschäftigtenzahl in Bochum bis zum September 2006 auf 2.860 zu erhöhen. In einer aktuellen Pressemitteilung Nokias sei aber nur von 2.300 Beschäftigten die Rede. Daher will Thoben die NRW. BANK prüfen lassen, ob zumindest ein Teil des

Geldes zurückgefordert werden kann. Auch müsse verhindert werden, dass Nokia für seine Standortverlegung nach Rumänien Fördergelder der Europäischen Union einstreiche.

Die Ministerin schloss mit einem Appell: „Wir setzen darauf, dass Nokia seiner Verantwortung gegenüber seinen Beschäftigten nachkommt und versucht, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten.“ Andernfalls werde man den Konzern dazu drängen, die Basis für eine Transfergesellschaft zu schaffen. „Den Mitarbeitern müssen neuen Perspektiven geboten werden“, so die Ministerin.

Thomas Eiskirch, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und zudem Bochumer Abgeordneter, dankte der Ministerin für ihre klare Stellungnahme. Er warf Nokia „Subventions-Hopping“ vor. Das Verhalten des Unternehmens erinnere „fatal an Heuschrecken“, die nur Fördermittel abgrasen wollten. „Optimierungsprozesse so auf dem Rücken der Beschäftigten und einer ganzen Region auszutragen, ist absolut unverantwortlich und unwürdig für ein Unternehmen wie Nokia“, betonte Eiskirch. Gleichzeitig warnte er davor, den Standort Bochum vorschnell für verloren zu erklären.

BOYKOTT

Auch CDU-Wirtschaftsexperte Lutz Lienenkämper nannte das Verhalten des Nokia-Konzerns „vollkommen inakzeptabel und unerträglich“. Es bringe zudem die gut gemeinte Förderpraxis des Landes in Misskredit. Nokia habe sich nicht nur am Standort Bochum veründigt, sondern am gesamten Wirtschaftsstandort NRW. Sein Fraktionskollege Christian Weisbrich rief dazu auf, Nokia-Produkte konsequent und flächendeckend zu boykottieren. Die „Kaltschnäuzigkeit“ der Unternehmensleitung sei mit „das Unmoralischste“, was ihm in seiner politischen Tätigkeit untergekommen sei.

Persönlich enttäuscht von den Vorgängen in Bochum zeigte sich Dietmar Brockes (FDP): Der heutige Nokia-Konzern habe offenbar nichts mehr mit dem Konzern gemein, den er selbst einmal als Auszubildender und Mitarbeiter kennenlernen durfte. Damals sei die Unternehmensleitung noch sehr um das Wohl seiner Mitarbeiter bemüht gewesen.

Der Grüne Reiner Priggen machte darauf aufmerksam, dass von einer Schließung des Standorts Bochum nicht nur die 2.300 Angestellten, sondern auch rund 200 bis 300 DHL-Mitarbeiter sowie etwa 1.000 Leiharbeiter betroffen wären. Das „brutale“ Vorgehen von Nokia entspreche nicht dem sozialen Standard, den man gerade von skandinavischen Unternehmen erwarte. Das sei „Mitnahmementalität der übelsten Art“.

ax



Politisches Interesse stärken

Das Landtagspräsidium reist quer durchs Land von Schule zu Schule

Kaum zu bremsen waren die Grundschüler in Bergisch Gladbach-Bensberg. Sie hatten für Regina van Dinther jede Menge Fragen vorbereitet. Fotos: Dietsch

Aufgrund außerordentlich positiver Resonanz wird im Jahr 2008 die Besuchsreihe „Der Landtag besucht eure Schule“ fortgesetzt. Denn für die Landtagspräsidenten gilt: Politik kann man im Landtag nicht machen, wenn man nur im Landtag sitzt. Und für die Schülerinnen und Schüler gilt: Es ist etwas anderes, ob im Unterricht über Politik gesprochen wird, oder ob ein echter Politiker vor der Klasse steht.

Im vergangenen Jahr haben Landtagspräsidentin Regina van Dinther (CDU) und ihre Stellvertreter Edgar Moron (SPD), Oliver Keymis (GRÜNE) und Angela Freimuth (FDP) mehr als 40 Schulen im ganzen Land besucht – von Grundschulen über Real-, Haupt-, Gesamtschulen bis hin zu Gymnasien und Berufskollegs. Dabei stellte sich das Landtagspräsidium ohne vorherige Absprache oder Themenbeschränkung allen Fragen der

Schüler, ob kritischen, persönlichen oder politischen. Die Schüler nutzten die Gelegenheit, eine (Vize-)Präsidentin oder einen Vizepräsidenten zu löchern, rege aus. Schülerorientiert und verständlich wurden alle Fragen geduldig beantwortet. Oft musste der vorgesehene Zeitrahmen über die Pause oder nach Schulschluss verlängert werden – was selten vorkommt bei Schülern. Manchmal werden noch Fragen per Post hinterher in den Landtag geschickt.

„Wir hatten erwartet, da kommt jemand, der sich aufspielt – und dann kommt so ein netter Mensch“, wunderten sich die Schüler stets nach dem Besuch.

„Interessant, aber nicht immer einfach sind solche Veranstaltungen in den Oberstufen“, fasst Edgar Moron zusammen. Besonders in Wesel hatte er sehr unterschiedliche und vielfältige Fragen zu beantworten, denn in der Aula der Gesamtschule waren knapp 200

„Keiner will Kinder im Knast“

Debatte um Erziehungscamps: Opposition kritisiert Minister

„Menschen statt Mauern“. Unter diesem Motto sollen im rheinländischen Bedburg-Hau acht junge Straftäter pädagogisch intensiv betreut werden und so einen Weg zurück in die Gesellschaft finden. Die geplante Einrichtung der Jugendhilfe war Anfang Januar ungewollt in das Zentrum des öffentlichen Interesses geraten. Familienminister Armin Laschet (CDU) hatte das Projekt fälschlicherweise als erstes „Erziehungscamp“ im Land angekündigt. Mit dem Vorgang befasste sich nun der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU).

Niemand in Nordrhein-Westfalen will ernsthaft Erziehungscamps amerikanischer Prägung, in denen die Jugendlichen gedrillt werden und in denen ihr Wille gebrochen wird“, stellte der Minister im Ausschuss klar und bezeichnete die ausgelösten Dis-

kussionen als „semantische Debatte“. Zugleich erneuerte er seine Forderungen nach „qualitativ neuartigen“ Betreuungsformen für junge Straftäter, da die bisher angewandten Maßnahmen ihre Wirkung häufig verfehlten. Man müsse für die kriminellen Jugendlichen pädagogisch sinn-

volle Alternativen zur Heimunterbringung und zur Haftstrafe finden und dafür die klassische Abgrenzung zwischen Jugendhilfe und Justiz überwinden. Das Projekt in Bedburg-Hau sei vor diesem Hintergrund ausdrücklich zu begrüßen, da es die Jugendlichen zwischen zwölf und 14 Jahren rund um die Uhr unter pädagogische Betreuung stelle.

Für seine Äußerungen der vergangenen Wochen musste der Minister im Ausschuss herbe Kritik seitens der beiden Oppositionsfaktionen einstecken. Die familienpolitische Sprecherin der Grünen, Andrea Asch, warf dem Minister „mangelnde Ernsthaftigkeit im Umgang mit diesem hochsensiblen Thema“ vor. „Es geht hier nicht einfach um eine semantische Debatte, sondern um die Frage, wie wir fachlich adäquat mit der Jugendgewalt umgehen“, so Asch. Mit seinem Verhalten in der Öffentlichkeit habe der Minister dazu beigetragen, „dass die Jugendlichen in

Schüler von zehn bis 18 Jahren versammelt. Als „außerordentlich gelungen, informativ und angenehm“ bewertete anschließend der organisierende Lehrer Thomas Pawlowski den Vormittag. „die Schülerinnen und Schüler waren sichtlich angetan. Ich bin mir sicher, dass der Besuch ein nachhaltiges politisches Interesse erzeugt hat.“

Heiter verlaufen die Schulbesuche dagegen meist in den Grundschulen. „Das verkörpert Politik zum Anfassen“, so die Schulleiterin der Hellweggrundschule in Witten. Dort hatten 250 Kinder aus neun Klassen von Landtagspräsidentin Regina van Dinter alles ganz genau wissen wollen: Wie viele Fenster der Landtag habe? Wie viele Gesetzbücher es gebe? Ob der Ehemann auch lieb sei?

Ein Heimspiel hatte Edgar Moron in den schönen Schulräumen der Gesamtschule Brühl. Da er aus Erftstadt kommt, hatte er ausnahmsweise keine weite Anfahrt.

In den Schulen sind die Lehrer oft selbst überrascht, wie konzentriert ihre Jugendlichen zuhören und wie viele Fragen zum Arbeitsalltag im Landtag sie haben. „Meine Klasse war restlos begeistert von der sympathischen, offenen Art des Herrn Keymis“, schrieb Politiklehrerin Daniela Wissing von der Käthe-Kollwitz-Schule in Köln-Brück anschließend. Und das, obwohl der Vizepräsident die 15-Jährigen aufforderte, weniger Billigflieger zu benutzen.

Angela Freimuth nahm weite Fahrten bis nach Ibbenbüren und Eslohe sogar mit Baby auf sich, um mit den Schülern zu diskutieren. Besonders in Ibbenbüren traf sie auf applausfreudige, aber auch sehr gut vorbereitete Penner. Die über 300 Schüler stellten Fragen wie

„Könnten Sie auch als Fraktionslose Vizepräsidentin sein?“ oder „Finden Sie, dass Politiker zuviel oder zu wenig verdienen?“ Wie unterschiedlich die Schulbesuche verlaufen, wunderte Franz-Josef Brenke, den Fachbereichsleiter Schule und Kultur der Stadt Lippstadt, der Oliver Keymis erst in das private, katholische Mariengymnasium und dann in eine städtische Hauptschule begleitete. Das Angebot „Der Landtag besucht eure Schulen“ gilt eben allen Schulformen im ganzen Land und jede Schule hat ihr eigenes Profil.

Schulen, die teilnehmen möchten an diesem Landtagsprogramm, können sich formlos per E-Mail bewerben bei Doro Dietsch unter schulbesuch@landtag.nrw.de **DD**

Orchestermusik zur Begrüßung und ein Buch zum Abschied: Fast wie eine Staatsvisite lief der Schulbesuch von Oliver Keymis an der Gesamtschule in Reichshof ab.

Von Politikverdrossenheit keine Spur: Angela Freimuth stellte sich den Fragen der Politik-Klassen des Ricarda-Huch-Gymnasiums in Gelsenkirchen.



den Betreuungseinrichtungen pauschal in die kriminelle Ecke gestellt werden.“ Die SPD-Abgeordnete Britta Altenkamp bezeichnete die Äußerungen des Ministers darüber hinaus als ein „Spiel mit dem Feuer“. Ihr persönlicher Eindruck: „Die Menschen im Land schrecken ganz erheblich auf, wenn sie erfahren, dass ein Erziehungscamp in der direkten Umgebung geplant ist.“ Der nordrhein-westfälische Familienminister habe bewusst dazu beigetragen, ein öffentliches „Verwirrspiel“ um die Konzepte für straffällig gewordene Jugendliche anzuzetteln.

ORIENTIERUNG

Eine klare Trennlinie zwischen dem Handeln der Landesregierung und der öffentlichen Debatte wollte dagegen Christian Lindner, familienpolitischer Sprecher der FDP, ziehen.

Die Landesregierung stelle sich intensiv der Herausforderung, jungen Straftätern klare Regeln, neue Wege und soziale Orientierung zu ermöglichen. Eine fachlich höchst spezialisierte Betreuungseinrichtung wie jene in Bedburg-Hau sei daher längst überfällig gewesen. Lindner rief die politischen Vertreterinnen und Vertreter im Ausschuss zu einer vorsichtigen und reflektierten Wortwahl bei der Bezeichnung der Projekte auf: „Wer keine Erziehungscamps nach amerikanischem Vorbild will, der sollte auch die begriffliche Nähe zu ihnen meiden.“ Für die CDU-Fraktion hob der Abgeordnete Jürgen Hollstein hervor: „Keiner will Kinder im Knast.“ Der Christdemokrat sah ein Bündel von pädagogischen Maßnahmen erforderlich, um die gesellschaftliche Querschnittsproblematik der Jugendkriminalität langfristig in den Griff zu bekommen.

Der Familienminister meinte am Ende der Debatte, das Problem der zunehmenden

Gewaltintensität bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen dürfe man auch zukünftig nicht verschweigen. „Wir müssen weiterhin darüber reden können“, betonte er. Der freie Träger der Jugendeinrichtung in Bedburg-Hau habe bereits angekündigt, zehn weitere Standorte für Betreuungsangebote in Nordrhein-Westfalen zu planen.

Bereits einen Tag zuvor hatte sich der Rechtsausschuss (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) mit dem Thema befasst. Dort sprach sich Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) dafür aus, „pädagogisch sinnvolle Einrichtungen für kriminelle Jugendliche“ auch in NRW einzurichten. „Dabei darf es aber nicht um militärischen Drill gehen“, erklärte die Ministerin. „Vielmehr muss es sich um Einrichtungen handeln, in denen jugendliche Straftäter Regeln, Grenzen und Disziplin lernen, gleichzeitig aber auch Anerkennung und Unterstützung erfahren.“ **SW**



DIE LANDTAGSFRAKTION

Junge Menschen an Hauptschulen erhalten eine neue Perspektive

Die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt ihren Kurs der Qualifizierung der Hauptschulen konsequent fort. Mit dem von Schulministerin Barbara Sommer vorgestellten Konzept der Stärkung der berufsbildenden Qualifizierung verbessern wir die Chancen der Schülerinnen und Schüler auf dem Ausbildungsmarkt“, betont der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Klaus Kaiser (Foto). Damit werde die Grundlage für eine deutliche Stärkung dieser Schulform in Nordrhein-Westfalen geschaffen.

Mit zusätzlichen Praktika und einer engeren Kooperation von Hauptschule und Wirtschaft würden die Schülerinnen und Schüler frühzeitig auf das Berufsleben vorbereitet. Kaiser: „Wir brauchen im Handwerk und in der Industrie zunehmend gut ausgebildete junge Leute.“

Das ist die Chance für die Hauptschulen im Land. Bereits ab der fünften Klasse soll deshalb die Vorbereitung auf die spätere Berufswahl beginnen. Durch Erkundungen in Firmen sollen

Hauptschüler die praktische Arbeitswelt kennenlernen. Ab der siebten Klasse sollen die Jugendlichen dann tiefer gehende Erfahrungen in Praktika erwerben. Dabei wird eine enge Zusammenarbeit sowohl mit Trägern der Jugendhilfe als auch mit den Kammern, dem Handwerk, den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften angestrebt. Ziel der Zusammenarbeit ist es auch, jeder interessierten Hauptschule zumindest einen Partnerbetrieb an die Seite zu stellen. Unser Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler so praxisorientiert wie möglich auf das Berufsleben vorzubereiten.“

Zusätzlich sollen für alle Schülerinnen und Schüler an den Hauptschulen individuelle Förderkonzepte erarbeitet werden. „Hier sollen



die Stärken und Schwächen des einzelnen Schülers beschrieben und Lern- und Leistungsfortschritte festgehalten werden.“ Zur Unterstützung der Erziehungsaufgaben der Hauptschule soll in Zusammenarbeit mit den Schulträgern erreicht werden, dass an jeder Hauptschule mindestens eine sozialpädagogische Fachkraft arbeitet. Der CDU-Schulexperte Klaus Kaiser bekräftigte,

dass die Landesregierung auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen werde, um jeden, der dazu grundsätzlich in der Lage ist, zu einem schulischen Abschluss und zu einer qualifizierten Berufsausbildung zu führen. „Wir sorgen deshalb für mehr Förderung, mehr Berufsorientierung und mehr Ganztag an den Hauptschulen in unserem Land.“ ■

FDP: Erziehungshilfe statt Erziehungscamps



In der Debatte über jugendliche Straftäter hat die FDP klar Position bezogen: Die FDP-Landtagsfraktion fordert, dass Straftaten konsequent und zügig geahndet werden, aber die Liberalen wollen dabei keinen Drill. „Erziehungscamps wird es mit der FDP in Nordrhein-Westfalen nicht geben“, betont der rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Robert Orth (auf dem Bild links). Schon der Begriff habe Verwirrung ge-

stiftet und wird von der FDP in NRW abgelehnt.

Die FDP-Landtagsfraktion setzt auf Erziehungshilfe statt auf Erziehungscamps. Unter diesem Titel haben die Liberalen in ihrer ersten Sitzung im Jahr 2008 einen Beschluss gefasst. In dem Fünf-Punkte-Eckpapier der FDP-Fraktion wird unter anderem ein konsequentes Bekämpfen der Jugendkriminalität gefordert. Zudem befürwortet die Fraktion die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden im Alter von 18 bis 21 Jahren und den Warnschuss-Arrest, bei dem kriminelle Jugendliche zusätzlich zu einer Bewährungsstrafe für bis zu vier Wochen einen Arrest bekommen, so Orth.

Die Philosophie hinter den amerikanischen „Bootcamps“, mit Drill den Willen der Jugendlichen zu brechen, ist

hingegen für Liberale nicht akzeptabel, betont Robert Orth. Stattdessen sollten Kinder und Jugendliche intensiv von Erziehern, Sozialarbeitern, Therapeuten und anderen Experten betreut werden, erklärt der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Horst Engel (r.). Beim Umgang mit straffällig gewordenen Jugendlichen und delinquenten Kindern müsse insbesondere der erzieherische Gedanke im Vordergrund stehen. „Den Jugendlichen muss eine Perspektive gegeben werden. Sie müssen den Weg in die Gesellschaft zurückfinden können. Schulische und berufliche Bildung sind eine wesentliche Voraussetzung für ein straffreies Leben“, markiert Engel die Position der FDP in Nordrhein-Westfalen. Die Liberalen befürworten daher spezielle Einrichtungen mit Sozial-Programmen, bei denen die jugendlichen Straftäter Sozialverhalten und einen geregelten Tagesablauf erlernen. Horst Engel verweist darauf, dass die Liberalen unter seiner Federführung bereits seit 2003 ein Konzept „Menschen statt Mauern“ vorgestellt haben. In Nordrhein-Westfalen wird nach genau diesem Konzept im Frühjahr eine erste Einrichtung in Bedburg-Hau eröffnet. ■



Texte in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

No, Nokia – So nicht!

Der Plan des Handyherstellers Nokia, sein Werk in Bochum aufgeben zu wollen, hat einen bundesweiten Aufschrei der Empörung ausgelöst. Es geht eine Welle der Wut durch Deutschland. Die Menschen empfinden das Vorgehen des finnischen Unternehmens Nokia als unanständig, eiskalt und berechnend. Die SPD-Landtagsfraktion hat die Entscheidung der Konzernspitze in einer Resolution als Schlag ins Gesicht der 2.300 direkt bei Nokia betroffenen Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter und der rund 2000 Beschäftigten bei Zulieferern und Leiharbeitern scharf kritisiert.

Die Vorsitzende Hannelore Kraft forderte das Unternehmen im Namen der SPD-Landtagsfraktion auf, ihre Entscheidung zurückzunehmen. Nokia habe rund 88 Millionen Euro an Subventionen des Bundes und des Landes eingestrichen und wandere nun kurz nach Ablauf der bei Subventionen vorgeschriebenen Bindefrist von fünf Jahren mit seiner Handyproduktion

nach Rumänien und Ungarn weiter. Dieses „Subventions-Hopping“ von Nokia sei unerträglich. Das Werk in Bochum schreibe schwarze Zahlen. Die Beschäftigten hätten noch vor Weihnachten einen Bonus für ihre gute Arbeit erhalten. Gleichzeitig habe offenbar insgeheim die Entscheidung über die geplante Verlagerung längst festgestanden.

Die Zeit sei reif, so Kraft, sich gegen diese marktradikale, unmenschliche Unternehmensstrategie zu wehren: „Nokia muss den breiten gesellschaftlichen Widerstand zu spüren bekommen. Die Gesellschaft kann und muss demonstrieren, dass sie dieses Vorgehen eines internationalen Konzerns nicht akzeptiert. Diese Menschen entscheiden auch darüber, welche Produkte sie kaufen. Die Verbraucher haben eine mächtige Stimme. Das ist die Sprache, die diese internationalen Konzerne verstehen“, betonte Kraft. Weitere Informationen zu der Internet-Protest-Plattform „No, Nokia – So nicht!“ finden sich auf der Internetseite der SPD-Fraktion www.spd-fraktion.landtag.nrw.de. Tausende Menschen haben bei „No, Nokia – So nicht!“ ihre Empörung bereits kundgetan. ■

NRW
SPD

Die Fraktion

NO, NOKIA SO NICHT!

Breiter Protest gegen Kopfnoten

Differenzierte Feedback-Kultur statt Einheits-Kopfnoten, so lautete das einhellige Fazit einer Grünen Fraktionssitzung im Januar, bei der Vertreterinnen und Vertreter der Elternschaft, der Lehrerschaft, der evangelischen Kirche sowie der LandesschülerInnenvertretung zu Gast waren. Die Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann sagte: „Kopfnoten in Ziffern helfen nicht bei der Einschätzung des Sozial- und Arbeitsverhaltens. Stattdessen brauchen wir regelmäßige Rückmeldungen.“

Deshalb will die Grüne Fraktion die Ziffernkopfnoten so schnell wie möglich wieder abschaffen, spätestens nach der nächsten Landtagswahl. Der Vorsitzende der Landeselternkonferenz, Eberhard Kwiatkowski, bemängelte den aktuellen Zustand: „Eltern bekommen nur die Schadensmeldung. Folgen haben die Noten nicht.“ Besser geeignet seien Zielvereinbarungsgespräche gemeinsam mit Lehrkräften, Eltern und den Schülerinnen und Schülern.



Auch Catharina Claes von der LandesschülerInnenvertretung sprach sich gegen die Noten aus. Denn die bewerteten nur das Verhalten im Unterricht. Das sei aber mitunter ganz anders als das sonstige Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Ein gewisser „Schleimfaktor“ sei nicht auszuschließen.

Auch der sinnlose Arbeitsaufwand stand in der Kritik. Der Landesvorsitzende der GEW, Andreas Meyer-Lauber, sagte: „Selbst wenn sich die Lehrkräfte nur vier Minuten mit jeder Kopfnote beschäftigen, macht das 1.100 Lehrerstellen aus.“ Kindheit und Jugend seien ein Schutzraum. Die Heranwachsenden müssten

DIE GRÜNEN —
im Landtag NRW

ausprobieren können, was geht. Dazu gehörten auch Fehler, um daraus zu lernen. Kopfnoten wären dafür aber das falsche Mittel, weil sie schlicht bestrafen.

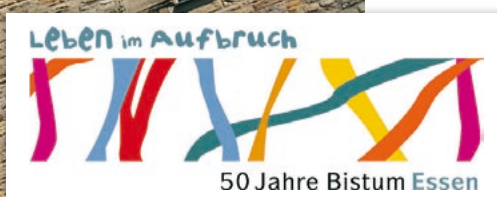
Der Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche Rheinland, Klaus Eberl, kritisierte in diesem Zusammenhang das Menschenbild der Landesregierung: „Sechs Ziffern werden den Persönlichkeiten der Kinder und Jugendlichen nicht gerecht“, so Eberl.

Sein Kollege Rolf Krebs, Kirchenrat und Beauftragter der Evangelischen Kirchen für das Land, kann sich statt Kopfnoten ein ausführliches mündliches oder schriftliches Feedback zur Einschätzung des Sozialverhaltens gut vorstellen. Das sei bisher an einigen Schulen praktiziert worden, diese dürften es aber nun nicht mehr. Zum Schluss der lebhaften Diskussion stellte Sigrid Beer, bildungspolitische Sprecherin der Grünen, die geballte Kritik an den Kopfnoten in einen gesellschaftlichen Zusammenhang: „Kopfnoten sind nicht hilfreich für mehr Demokratie, Kooperation und Zivilcourage in den Schulen.“ ■

„Den Arbeitern näher kommen“

Vor 50 Jahren wurde das Ruhrbistum in Essen gegründet

Am 1. Januar 1958 wurde das Bistum Essen (im Volksmund: Ruhrbistum) gegründet. Vorausgegangen waren lange Jahre der Verhandlungen zwischen Staat und Kirche über die jeweiligen Grenzen – und über das gegenseitige Verhältnis.



Die Grenzen der Bistümer in Deutschland waren Anfang des 19. Jahrhunderts gezogen worden. Sie waren Folge der Neuordnung Europas durch den Wiener Kongress und spiegelten damals wie heute noch stark die politische Landkarte des frühen 19. Jahrhunderts wider. Der mit Macht einsetzenden Industrialisierung trugen sie kaum Rechnung. So kam es, dass die Grenzen der deutschen Bistümer mitten durch die neuen Ballungsräume liefen und sie sozusagen seelsorgerisch durchschnitten.

Das Ruhrgebiet war besonders betroffen. Das industrielle und bevölkerungsreiche Zentrum des Reichs umfasste Randgebiete der Bistümer Köln, Münster und Paderborn. An dieser Situation änderte sich auch nichts, als 1929 die Beziehungen von Staat und Kirche im Preußenkonkordat neu geregelt und die Grenzen einiger Bistümer neu geschnitten wurden.

Es dauerte bis nach Ende des Zweiten Weltkriegs, dass im Jahr 1951 alte Überlegungen zur Gründung eines Ruhrbistums wieder aufgegriffen wurden. Schon in den Vorverhandlungen zum Preußischen Konkordat von 1929 hatte der damalige Nuntius in Deutschland und spätere Papst Pius XII., Eugenio Pacelli, argumentiert und sich – mit wenig Erfolg – für eine Änderung ausgesprochen, „damit die Kirche den arbeitenden Menschen in dem ständig wachsenden Ballungsraum näherkomme und tiefer verwurzelt werde“.

In den folgenden Jahren stand das Land Nordrhein-Westfalen in Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl über die genauen Grenzen des neuen Territoriums, die mit dem Vertrag über die Errichtung des Bistums Essen vom 19. Dezember 1956 ihren positiven Abschluss fanden. Das Abkommen wurde vom damaligen NRW-Ministerpräsidenten Fritz Steinhoff (SPD) unterzeichnet.

VERBUNDENHEIT

Die kanonische Errichtung des Bistums durch den Vatikan fand ihren Abschluss am 23. Februar 1957 in der Apostolischen Konstitution „Germanicae gentis“, sodass mit der Ernennung des Paderborner Weihbischofs Dr. Franz Hengsbach am 18. November 1957 und dessen feierlichen Inthronisation am 1. Januar 1958 die Errichtung des Bistums Essen abgeschlossen werden konnte. Das neue Oberhaupt, ein Kind des Sauerlandes und zuletzt Weihbischof in Paderborn, trug in seinem Bischofsring ein Stück Kohle – Zeichen der Verbundenheit mit den Menschen und der damals vom Bergbau geprägten Region.

Im Vertrag über die Errichtung des Ruhrbistums wurde festgelegt, dass das Bistum Köln 100 Gemeinden mit mehr als einer halben Million Katholiken, das Bistum Münster 82

Gemeinden mit insgesamt 450.000 Katholiken und das Erzbistum Paderborn 370.000 Katholiken in 91 Gemeinden an das neue Bistum abtreten würden.

Es liegt auf der Hand, dass eine Umschichtung solchen Ausmaßes (knapp 1,5 Millionen Gläubige) von den betroffenen Bistümern nicht ohne weiteres hingenommen wurde. So weigerte sich etwa der Kölner Erzbischof Joseph Kardinal Frings – mit Erfolg! –, dem neuen Ruhrbischof den heutigen Essener Stadtteil Kettwig zu übereignen (die Kirchensteuereinnahmen in Kettwig waren seinerzeit relativ hoch). Die dort gelegene Jugendbildungsstätte des Essener Bistums, das Haus St. Altfrid, bildet seitdem eine Enklave. Auch

fielen durch die kommunale Neuordnung 1975 erneut geistliche und weltliche Grenzen auseinander. Seitdem gehören Teile von Duisburg und Bottrop wieder zu Münster, Teile von Mülheim zum Erzbistum Köln und Teile der Stadt Altena zum Erzbistum Paderborn.

Die abnehmende Zahl von Gläubigen (derzeit rund 900.000), die Überalterung der Gemeinden, die sinkenden Kirchensteuereinnahmen und überhaupt die Folgen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen verschonen auch das „junge“ Ruhrbistum nicht. Die Zahl der Pfarreien soll deshalb von 260 auf 43 schrumpfen, 96 Kirchen sollen geschlossen, die Verwaltung des Bistums soll verkleinert werden. Das alles ist Bestandteil des unter den Gläubigen lebhaft und kontrovers diskutierten „Zukunftskonzepts“ von Bischof Dr. Felix Glenn, der sein Bistum durch die aktuelle Krise führen muss. Ein anderer Streitpunkt sind die Kürzungspläne bei Betreuungsplätzen in den Kindertagesstätten des Bistums.

SG



Franz Hengsbach, erster Bischof des neuen Bistums (+ 1991)

Porträt: Wolfgang Schmitz (CDU)



Er ist nicht Mitglied des Ausschusses und hat kein Stimmrecht.

Die Aufgabe im PUA ist dem 59-jährigen Rechtsanwalt und Notar aus Paderborn auf den Leib geschrieben. Als Jurist ist es ihm immer wichtig, die Argumente beider Seiten zu hören und gegeneinander abzuwägen. In der Politik, so klagt er manchmal, kommt das „audiatur et altera pars“ oft zu kurz. Da verlangen schon Rücksichtnahme auf Partei und Fraktion, dass immer nur eine und zwar die eigene Seite Recht hat. Deshalb hat sich Schmitz freiwillig in der Fraktion gemeldet, als es darum ging, den Vorsitzenden des PUA zu bestimmen, und auch wenn die zusätzliche Arbeit reichlich zeitaufwändig ist, hat er seine Entscheidung bislang nicht bereut. Nur seine Tochter, die in seine Paderborner Anwaltskanzlei eingestiegen ist und jetzt alles erledigen muss, wozu der Vater nicht kommt, stöhnt über die Mehrarbeit. Schmitz schätzt auch die Arbeit im Rechtsausschuss des Landtags, weil unter Juristen, die dort vorwiegend vertreten sind, doch ein eher sachlicher und gemäßigter Ton herrscht als in anderen Fachausschüssen, in denen immer wieder mal die politische Auseinandersetzung die Atmosphäre prägt.

SCHLÜSSELERLEBNIS

Der Jurist, der seit 2000 den Wahlkreis Paderborn im Landtag vertritt, hat eher spät zur Politik und in die Partei gefunden. Als Schulpflichtvorsitzender hatte er sich immer

wieder über andere Eltern geärgert, die zwar abends im Gasthaus stets wissen, wie alles besser gemacht wird, selbst aber nicht bereit sind, sich in irgendeiner Form zu engagieren. Als in Paderborn Anfang der 90-er Jahre zwei Grundschulen zusammengelegt werden sollten und auch er das Vorhaben heftig kritisierte, beschied ihn seine Frau lakonisch, dass er sich jetzt genau so verhalte wie die, über die er sich sonst immer aufregte.

Daraufhin trat Schmitz in die CDU ein, wurde schon bald in den Kreistag gewählt. Als im Vorfeld der Landtagswahl 2000 der eigentlich ausgesuchte CDU-Bewerber aus privaten Gründen auf die Kandidatur verzichten musste und Schmitz gefragt wurde, zögerte er nicht lange und trat an. Dass er in seiner Heimatstadt das beste Ergebnis holte, das die CDU in einer großen Stadt erzielt, freute ihn besonders.

Die wenige Zeit, die ihm neben der politischen Tätigkeit in Düsseldorf und Paderborn und der Arbeit als Anwalt bleibt, gehört dem Hund Nico, einer Mischung aus Schäferhund und Bordercollie, sowie dem SC Paderborn, dessen Ehrenrat er heute angehört. Als junger Mann hat Schmitz selbst bei Paderborn 08 gespielt, einem der Vorläufer des heutigen Zweitbundesligisten. Obwohl er aufgrund seiner zeitlichen Inanspruchnahme Mühe hat, wenigstens die Heimspiele des Sportclubs zu sehen und obwohl die Elf auf dem letzten Platz überwintert, ist er überzeugt, dass die Paderborner nicht absteigen. Denn dann wäre auch der letztlich erfolgreiche Kampf um das neue Stadion vergeblich gewesen.

Autor: Peter Jansen

Mit einem Festkonzert ...



... in der Düsseldorfer Tonhalle feiert ein ganz eigener Chor sein 30-jähriges Bestehen. Der Chor der Landesregierung Düsseldorf e.V. – so sein voller Name – bringt aus diesem Anlass am 27. Januar den Messias von Händel/Mozart zur Aufführung. Dabei wird er unterstützt und begleitet von der Rumänischen Staatsphilharmonie, vom Oratorien-Chor Hilden und vom Kammerchor Düsseldorf-Ordnungsbach. Wer Mitglied im Jubiläumschor werden und an den oft weiten Gastspielreisen ins Ausland teilnehmen will, muss nicht zur Landesregierung gehören: Spaß und Talent sind wichtiger. Der Chor wirbt mit den Worten: „Nur Mut! Jede Stimme ist uns willkommen. Es geht ganz unkompliziert bei uns zu“. Im Kleingedruckten findet sich dann aber der Hinweis, um das hohe Niveau zu halten, müsse vor Aufnahme in den derzeit 90-köpfigen Chor eine Stimmprüfung abgelegt werden. Stimmbildung und Chorproben sind mittwochnachmittags im Haus der Bezirksregierung an der Düsseldorfer Cecilienallee.

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeiterin: Doro Dietsch
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln - www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 28. Januar bis 21. Februar 2008

28.1. Karl Schultheis (SPD)	55
28.1. Jürgen Unruhe (SPD)	38
31.1. Ulrike Apel-Haefs (SPD)	56
31.1. Angela Tillmann (SPD)	51
3.2. Gisela Walsken (SPD)	50
4.2. Reiner Priggen (GRÜNE)	55
9.2. Walter Kern (CDU)	54
10.2. Peter Biesenbach (CDU)	60
10.2. Norbert Killewald (SPD)	47
11.2. Manfred Luckey (CDU)	59
15.2. Holger Ellerbrock (FDP)	60
16.2. Uwe Leuchtenberg (SPD)	50
16.2. Eckhard Uhlenberg (CDU)	60
17.2. Werner Lohn (CDU)	50
18.2. Dr. Michael Brinkmeier (CDU)	40
18.2. Dr. Robert Orth (FDP)	40
21.2. Gerda Kieninger (SPD)	57



Helau und Alaaf!

Ein Parlament im Rheinland kann nicht anders, als in der fünften Jahreszeit närrisch zu werden – aber erst, wenn die ernsthafte Arbeit im Plenarsaal getan ist. So geschieht es am 23. Januar ab 20 Uhr, wenn Landtagspräsidentin Regina van Dinther in die Bürgerhalle der Volksvertretung zu einem bunten Programm mit vielen karnevalistischen Attraktionen einlädt. Zuvor hat sie schon die Prinzen/Prinzenpaare/Dreigestirne/Lieblichkeiten/Ladys im Restaurant empfangen und vorgestellt. Wenn sich alle Tollitäten auf der großen Treppe zur Wandelhalle aufgestellt haben, um ihre Untertanen zu grüßen und Interviews zu führen, dann gibt es Tanz, Show, Gesang und Büttenreden. Nicht nur aus dem Rheinland, sondern auch aus dem vielleicht anders, aber nicht minder lustigen westfälischen Landesteil. Den bringen etwa die „Schlappen Lappen“ aus Bochum, das Tanzmariechen „Katharina“ aus Arnsberg und die Show-Tanzgruppe „Grün-Weiß-Vorhalle“ aus Hagen zur Geltung. Das Programm reicht bis Mitternacht, ob es dann mit der Festlichkeit zu Ende ist, muss offen bleiben. Fürs leibliche Wohl ist jedenfalls ausreichend gesorgt, ob in fester oder flüssiger Form ...

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 24. Januar 2008 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Kinder helfen Kindern

Wie immer sammeln zu Jahresbeginn die Jungen und Mädchen der Sternsinger für ihre Altersgenossen in der ganzen Welt. Diesmal war es zum 50. Mal, dass sie bundesweit ausschärmten, ihre Lieder und Texte vortrugen, die Spendenbüchse für Hilfsprojekte kreisen ließen und mit Kreide das Segenszeichen für das besuchte Haus an die Wand malten. So auch im Landtag Nordrhein-Westfalen, wo sie von der Hausherrin, Landtagspräsidentin Regina van Dinther, empfangen und ob ihres Engagements gelobt wurden. Wie immer waren es auch diesmal wieder Sternsinger aus der katholischen Pfarrgemeinde St. Martin in Düsseldorf-Bilk; in diesem Jahr assistierte ihnen eine Gruppe aus Hattingen.

Foto: Schälte